Von Reto E. Wild

Krieg um Hilfsgüter, Krieg der Medien: Israel wird immer wieder beschuldigt, Hilfslieferungen in den Gazastreifen zu blockieren. Jetzt erreichen diese erstmals seit Monaten im grossen Ausmass das Kriegsgebiet. Am Sonntag fuhr eine Kolonne von rund 100 Lastwagen mit Gütern für die Bevölkerung über den israelischen Grenzübergang Kerem Schalom in den Gazastreifen. Doch bereits vorher gab es immer wieder Lieferungen, die aber nicht immer zur Bevölkerung gelangten und in den Medien kaum Niederschlag fanden. Jüngstes Beispiel: Die israelische Armee hat aus der Luft sieben Palette mit Mehl, Zucker und Lebensmittelkonserven abgeworfen. Auch Jordanien hat aus der Luft geholfen.

Feuerpause in diversen Gebieten

Wenige Stunden zuvor hatte das israelische Militär angekündigt, bis auf Widerruf täglich von 10 bis 20 Uhr eine selbst erklärte humanitäre Feuerpause in Teilen des Gazastreifens einzuhalten. Die Pause gelte in den Gebieten, in denen die Armee nicht mit Bodentruppen operiere: Al-Mawasi im Südwesten des Küstenstreifens, in Deir al-Balah im Zentrum sowie in der Stadt Gaza im Norden. Die Aktion erfolge «in Übereinstimmung mit den Direktiven der politischen Ebene und als Teil der laufenden Bemühungen der IDF, unter der Leitung von COGAT, den Umfang der humanitären Hilfe im Gazastreifen zu erhöhen», so das Militär. Das Kürzel COGAT steht für «Coordination of Government Activities in Territories» (Koordinierung der Regierungsaktivitäten in den Gebieten von Judäa und Samaria sowie dem Gazastreifen).

Israels Präsident begrüsst Hilfe für Gaza

Staatspräsident Isaac Herzog begrüsst diese Entscheidung in einem Beitrag auf X. «In Abstimmung mit internationalen Partnern tut Israel alles, um den Fluss von lebenswichtigen Gütern durch ausgewiesene Korridore, Luftabwürfe und erweiterte humanitäre Zonen zu verbessern. Ich fordere die UNO-Organisationen und internationalen Organisationen auf, die mit COGAT zusammenarbeiten, ihren Teil dazu beizutragen und sicherzustellen, dass die Hilfe die Bedürftigen ohne Verzögerung erreicht – so wie es Israel schon seit einiger Zeit fordert», schreibt er. Es sei nicht hinnehmbar, dass Hilfsgüter, die nach Gaza geliefert werden, unverteilt bleiben oder von der Hamas gekapert werden, während Israel fälschlicherweise

beschuldigt wird, die Güter zu blockieren. «Die Welt muss dem Terror entschlossen entgegentreten und sich unermüdlich dafür einsetzen, dass alle unsere Geiseln sofort nach Hause kommen», fügt Herzog an.

Eigenartige Rolle der UNO

Die Weltgesundheitsorganisation WHO warnte zuletzt vor einer tödlichen Hungerkrise unter den gut zwei Millionen Bewohnern des Gazastreifens. Behauptungen über eine Massenhungersnot in Gaza werden von den Massenmedien falsch dargestellt, oft basierend auf von der Hamas gelieferten Darstellungen und ohne ausreichende Überprüfung der Fakten, wie auf «HonestReporting» nachzulesen ist. Bilder von Kindern, die nur noch Haut und Knochen sind, erscheinen in den westlichen Medien und geben der Gaza Humanitarian Foundation (GHF) und Israel die Schuld für die Hungerkrise. Israel bestreitet die Gefahr einer solchen Krise und spricht stattdessen von einer Kampagne der islamistischen Hamas. Wie auch immer: Die gleichen Massenmedien transportieren in der Vergangenheit Geschichten, wonach sich die UNO beschwere, es würden 950 Lastwagen mit Hilfsgütern blockiert. Was diese Medien nicht geschrieben haben: Die UNO hat es abgelehnt, bei der Verteilung mit der von den USA und Israel unterstützten GHF zusammenzuarbeiten.

Die Hamas hat sich an Hilfe bereichert

Auch wenn es immer wieder behauptet wird: Israel blockiert die Hilfslieferungen nicht. Das bestätigte sogar das «World Food Programme» der UNO vor einigen Tagen: Es gebe keine Einschränkung für Hilfe in den Gazastreifen. Das einzige Problem: Jemand innerhalb Gazas müsse bemüht sein, die Hilfe abzuholen. An dieser Hilfe hat sich die Hamas nachweislich bereichert. Die Entwicklungen in den letzten 24 Stunden dürfte die Terrororganisation, die Israel zerstören und einen eigenen, islamistischen Staat gründen will, weiter in die Defensive drängen. Bereits am 21. Juli 2025 titelte die «Washington Post»: «Die Hamas steht vor einer finanziellen und administrativen Krise, da die Einnahmequellen versiegen.»

Schwierige Waffenstillstandsverhandlungen

Was in vielen Medien ebenfalls unerwähnt bleibt: Nahezu täglich fallen meist sehr

junge Soldaten der israelischen Armee im südlichen Gazastreifen, zuletzt Kapitän Amir Saad (22) und Unteroffizier Inon Nuriel Vana (20) durch die Detonation eines Sprengsatzes auf ihrem Fahrzeug. Ob es zu weiteren Verhandlungen über eine Waffenruhe im Gazakrieg kommt, ist derzeit ungewiss. Während ein Hamas-Funktionär erklärte, die Gespräche würden nächste Woche fortgesetzt, erklärte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, man erwäge «alternative Optionen».

Macrons Vorstoss unter Druck

Der französische Präsident Emanuel Macron hatte sich zuletzt frustriert über den Krieg im Gazastreifen gezeigt und kündigte an, einen Staat Palästina anerkennen zu wollen. Offiziell will Macron die Anerkennung im September vollziehen – bei der nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York. Allerdings ist unklar, welche Gebiete Frankreich als Teil eines palästinensischen Staates anerkennen würde. Nach dem Terrorüberfall der Hamas vom 7. Oktober 2023 sind diese palästinensischen Gebiete heute weiter denn jemals zuvor davon entfernt, ein künftiges gemeinsames Staatsgebilde formen zu können.

US-Präsident Donald Trump hat den Vorstoss des französischen Präsidenten heruntergespielt. Macron sei zwar in Ordnung, sagte Trump und schob nach: «Aber die gute Nachricht ist: Was er sagt, spielt keine Rolle.» Die Aussage von Frankreichs Präsidenten habe kein Gewicht. Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz hat laut «Bild» ein Krisen-Telefonat mit Macron und dem britischen Premier Keir Starmer geführt, «um unseren Kurs in der Nahost-Politik abzustimmen». Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni ist gegen Macrons Pläne: Sie hält es für kontraproduktiv, einen palästinensischen Staat zu erkennen, bevor dieser überhaupt gegründet ist. Die Regierung von Merz will einen Staat Palästina «kurzfristig» ebenfalls nicht anerkennen.